
Newsletter September 2017

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Mitteilungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 8
Veröffentlichungen, Wettbewerbe, Wissenswertes.....	S. 14
Neu in der Bibliothek.....	S. 21
Am rechten Rand.....	S. 23
Bildnachweise und Impressum.....	S. 28

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

während der NSU-Prozess am Münchner Oberlandesgericht mit der Verlesung der Plädoyers in seine letzte Phase geht, hat am selben Ort vor wenigen Tagen ein weiterer Prozess begonnen: Vor Gericht steht der aus Köln stammende Philipp K., der David S. die Pistole verkauft hat, mit dem dieser am 22. Juli 2016 in München erst 9 Menschen und dann sich selbst erschossen hatte (s. dazu Newsletter September 2016). Obwohl David S. sich deutlich zu nazistischen Vorstellungen bekannte und seine Gesinnung sogar in einem „Manifest“ dokumentierte, er stolz auf seine „arische Herkunft“ war und seine Opfer einen Migrationshintergrund hatten, wird die Tat nicht als rechtsextrem motiviert gewertet.

Die von David S. benutzte „Glock 17“ war die letzte von insgesamt 12 Waffen gewesen, die K. verkauft hatte. Gelagert worden waren die Waffen offenbar in einem Waldstück neben dem Autobahnkreuz Köln-Ost. Die Verkäufe hat K. bereits eingestanden. Im Prozess wird es nun aber auch darum gehen, ob K. wusste, wofür S. die Pistole einsetzen wollte – oder ob er seine Pläne gar bewusst unterstützte. Letzteres vermuten die Anwälte der Opfer. Klar ist jedenfalls, dass beide ideologisch auf einer Linie lagen. So wurde bekannt, dass Philipp K. Videos gedreht hatte, in denen er schwarze Menschen, Migranten und Juden beschimpft. Auf K.s Handy fanden die Ermittler ein Foto von Adolf Hitler, die Abbildung eines Hakenkreuzes und ein Video, in dem K. den Hitlergruß zeigt. Zudem sind Chatverläufe dokumentiert, in denen beispielsweise von „Sieg Heil“ oder „Hitler lebt“ die Rede ist.

Dass Köln der Wohnort eines Neonazis war, der (wissentlich oder unwissentlich) in einen Anschlag mit extrem rechten Hintergründen verwickelt ist, wird auch von der Kölner Öffentlichkeit noch zu wenig beachtet. Zu hoffen bleibt, dass der Prozess Antworten auf zumindest einen Teil der Fragen geben kann.



Wie Sie den Medien entnommen haben werden, wurde Doğan Akhanlı, der dem NS-DOK lange Jahre verbunden ist, in Spanien kurzzeitig festgenommen. Nachdem sich unter anderem auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reeker für ihn eingesetzt hatte, wurde er wieder entlassen, muss jedoch derzeit auf eine Entscheidung zu einer Auslieferungsforderung an die Türkei warten. Möglichkeiten zur Unterstützung Akhanlıs finden Sie auf Seite 14.

In diesem Newsletter finden Sie wieder jede Menge an Hinweisen, unter anderem auf Veranstaltungen im Rahmenprogramm der Ausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“, die noch bis Anfang Oktober im EL-DE-Haus zu sehen sein wird. Insbesondere möchte ich Sie auf die Tagung der Mobilen Beratung und der Opferberatung Rheinland zum Thema „Rechte Gewalt“ aufmerksam machen, die am 6. Oktober 2017 im NS-Dokumentationszentrum stattfinden wird (S. 7).

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Abschiebung in die Perspektivlosigkeit Zur Menschenrechtssituation von Roma in Europa Vortrag, Dienstag, 5. September 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Angesichts der europaweiten Flüchtlingssituation und einer massiven Zunahme von fremdenfeindlicher Gewalt in Deutschland wird die Lage von Roma in Südosteuropa und insbesondere auf

dem Balkan vorwiegend unter Aspekten einer sogenannten „Armutsmigration“ und einer vorgehlichen Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme diskutiert. Rechtsextrem motivierte Angriffe, zunehmend auch auf Roma, wie zum Beispiel in Halle/Saale, wo die Mobile Opferberatung einen enormen Anstieg verzeichnet, werden dort als ein „relativ neues Phänomen“ wahrgenommen. Aber ist dieses Phänomen wirklich so neu?

Herbert Heuß befasst sich mit der aktuellen Situation der Roma in einigen der sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ sowie in weiteren Ländern Westeuropas und diskutiert mögliche Perspektiven für die Zukunft.

Herbert Heuß ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Leiter beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

In Zusammenarbeit mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und Rom e.V.

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Führung, Donnerstag, 7. Juli 2017, 18.30 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im NS.

Führung mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (KölnTag: Freier Eintritt für alle Bürger/innen mit Wohnsitz in Köln)

Führungsgebühr: fällt nicht an

Tag des offenen Denkmals 2017

Führungen, Sonntag, 10. September 2017, ab 11 Uhr, EL-DE-Haus

11 Uhr: Führung durch die Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung, mit Martin Vollberg

13 Uhr: Führung durch die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“, mit Dr. Thomas Roth

14 Uhr: Kinder-Führung „Wir packen einen Koffer für die Widerstandskämpferin Mucki Koch“, mit Birgit Kloppenburg

15 Uhr: Geschichte und Entwicklung des EL-DE-Hauses, Direktorenführung mit Dr. Werner Jung

16 Uhr: Führung durch die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“, mit Dr. Martin Rütter

17 Uhr: Führung durch die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“, mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Führungsgebühr: fällt nicht an



Das jüdische Köln – Vom „Jüddespidohl“ durch das jüdische Ehrenfeld Exkursion, Sonntag, 10. September 2017, 15 Uhr, Köln-Ehrenfeld

Ehrenfeld besitzt eine eindrucksvolle jüdische Vergangenheit und Gegenwart. Ein Rundgang öffnet den Blick für die jüdischen Bewohner und ihr Leben.

Mit: Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums

Treffpunkt: Wohlfahrtszentrum Ottostr. 85
(Eingang Nussbaumer Str.) Köln-Ehrenfeld

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis 6.9.2017 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=21971&inst=14

Der Bann des Fremden: Die fotografische Konstruktion des „Zigeuners“ Vortrag, Dienstag, 12. September 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Seit Jahrhunderten dienen Bilder vom „Zigeuner“ als Projektionsfläche für Überlegenheitsfantasien, Ängste und Sehnsüchte. Mit der Fotografie liegt der Fokus auf einem Schlüsselmedium der Moderne, das die Entwicklung des „Zigeuner“-Stereotyps maßgeblich beeinflusst hat.

Der Referent nimmt ganz unterschiedliche Formate in den Blick: von der frühen Atelierfotografie bis zur Bildpostkarte, vom populären Magazin über das Propagandafoto im NS-Staat bis zum privaten Schnappschuss von der Front. An exemplarischen Bildbeispielen werden die Stigmatisierungsmuster und Mechanismen aufgezeigt, die dem Konstrukt „Zigeuner“ zugrunde liegen und die bis heute wirksam sind.

Dr. Frank Reuter, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentations- und Kulturzentrum Deut-

scher Sinti und Roma.
Arbeitsschwerpunkte:
NS-Völkermord an den Sinti und Roma, Geschichte der „Zigeuner“-Bilder, Erinnerungskultur.

Moderation: Dr. Karola Fings

In Zusammenarbeit mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro



„Rassendiagnose: Zigeuner“. Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Führung, Sonntag, 17. September 2017, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Sonderführung für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V., Montag, 18. September 2017, 17 Uhr, EL-DE-Haus

Die Ausstellung behandelt den nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma: von der Ausgrenzung und Entrechtung der Minderheit im Deutschen Reich bis zu ihrer systematischen Vernichtung im besetzten Europa. Der menschenverachtenden Perspektive der Täter werden Zeugnisse der Opfer gegenübergestellt.

Erst spät wurden die Überlebenden als NS-Opfer anerkannt. Es war die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma, die die ideologischen und personellen Kontinuitäten aus der Zeit des „Dritten Reiches“ zum Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte gemacht hat.

Die Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, gefördert von der Kulturstiftung des Bundes, ist noch bis zum 8. Oktober im EL-DE-Haus zu sehen.

Mit: Martin Vollberg

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (zzgl. 2 Euro Führungsgebühr)

Die Sonderführung am 18.09.2017 mit Dr. Jürgen Müller für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V. ist kostenfrei.

Der Weg in die NS- Diktatur. Die Jahre 1930-1936

Film, Montag, 18. September 2017, 19.30 Uhr, Volksbühne am Rudolfplatz



Hermann Rheindorf zeigt die Film-Trilogie: Köln im „Dritten Reich“. Mit der dreiteiligen Filmreihe Köln im „Dritten Reich“, startet der Filmemacher Hermann Rheindorf in den diesjährigen Altstadt kinoherbst in der Volksbühne. Eine ganz besondere Serie über das Leben und die Ereignisse in Köln in der Zeit des Nationalsozialismus mit einer nie gesehenen Fülle an historischen Filmaufnahmen, auch in Farbe. Hinzu kommen eine Vielzahl an urkölschen Zeitzeugen, die die NS-Zeit in Köln aus unterschiedlichen Perspektiven miterlebt haben und aus erster Hand über ihre eigenen Erfahrungen berichten.

Informativ und spannend erzählt, ist diese Dokumentationsreihe eine intensive Begegnung mit der schicksalhaftesten Epoche der Kölner Stadtgeschichte. Zum ersten Mal zeigt Hermann Rheindorf die faszinierende Filmreihe auf großer Leinwand in Full HD, im großen Saal von Kölns einzigem erhaltenen historischen Theater.

Die Filmreihe startet am Montag, den 18. September mit Teil 1 „Der Weg in die NS-Diktatur“ über die Kölner Jahre 1930–1935. Die beiden anderen Teile folgen am 3. und 31. Oktober 2017.

Teil 1 zeigt den Aufstieg der NSDAP in Köln, ihren Weg an die Macht und die Entwicklung in den ersten beiden Jahren nach der „Machtergreifung“. Es sind die letzten drei Jahre der ersten Deutschen Demokratie – der Weimarer Republik. Die politischen Lager stehen sich feindselig gegenüber. Straßenschlachten, politische Morde und Unruhen sind an der Tagesordnung. Sechs Mal kommt Adolf Hitler zwischen 1930 u. 33 zu Großkundgebungen in die Stadt. Die weitreichende Armutskrise beschert der NSDAP deutliche Wahlsiege. Nach der Machtübernahme der NSDAP ändert sich das Leben in Köln schlagartig. Eine Großstadt wird gleichgeschaltet: In der Wirtschafts- und Arbeitswelt, in Kultur, Karneval, Sport und Freizeit. Die NS-Ideologie beherrscht auch die Schulen und wirkt in die Familien hinein. 1935 scheint der Weg in die Diktatur unumkehrbar.

Ort: Volksbühne am Rudolfplatz, Aachener Straße 5, 50674 Köln

Eintritt: 7,50 Euro

Günstigeres Kombiticket für alle drei Kinoabende. Alle Ticketinfos und Bestellmöglichkeiten unter www.volksbuehne-rudolfplatz.de

Die Geschichte der Sinti und Roma – ein Workshop-Angebot im NS-DOK

Lehrer/innenfortbildung, Dienstag, 19. September 2017, 15 Uhr, EL-DE-Haus



der Sinti und Roma“ an. Entwickelt wurde der Workshop in Zusammenarbeit mit dem Romafrauen-Netzwerks Romane Romnja und

Viel wird über Sinti und Roma gesprochen – aber über die Geschichte der größten nationalen Minderheit Europas ist wenig bekannt. Aus diesem Grund bietet das NS-DOK seit November 2015 einen Workshop mit dem Titel „Die Geschichte

richtet sich speziell an Schülerinnen und Schüler ab der Klasse 9. Inhaltlich befasst er sich schwerpunktmäßig mit der Verfolgung der Sinti und Roma während der Zeit des Nationalsozialismus, besonders in Köln und der Zeit nach 1945, und setzt dabei unterschiedliche Methoden ein.

Mit Barbara Kirschbaum, Museumspädagogin im NS-DOK, und Patrick Fels, ibs

Gebühren fallen nicht an.

Für Lehrer/innen aller Schulformen

Anmeldung bis zum 15.09.2017 unter: service.museumsdienst@stadt-koeln.de

Fremd im eigenen Land. Sinti in Deutschland **Film, Donnerstag, 21. September 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus**

„Wir Sinti wollen nicht länger fremd im eigenen Land sein“, sagt Ricardo Laubinger. Seine Heimat ist Hildesheim, wo die Sinti 1407 erstmals urkundlich erwähnt wurden. „Harz- und Heide-Zigeuner“ nannten sich die Laubingers früher. Im Sommer gingen sie auf Reisen, um als Händler und Handwerker ihren Lebensunterhalt zu verdienen, auch der 1959 geborene Ricardo ging noch hausieren. Seit der Wende 1989, mit dem Zustrom der Roma aus Südosteuropa, sind sie neuen rassistischen Angriffen ausgesetzt.

Der gleichnamige Film erzählt vier Sinti-Biografien. Familien, Wohnorte, Leidensgeschichten, Erfolgsgeschichten. Mitgewirkt haben unter anderem: Bojo und Rigoletto Mettbach aus Düsseldorf, Orchidea und Ricardo Laubinger aus Hildesheim und der Rheinländer Markus Reinhardt. Im Anschluss spricht die Regisseurin über ihre Arbeit an der Filmdoku-

mentation. Ein Abend der Begegnung zwischen Sinti und Nicht-Sinti

Film von Ulla Lachauer, D 2014, 45 Min (WDR)

Moderation: Dr. Karola Fings

In Zusammenarbeit mit der Sinti-Union Düsseldorf e.V.

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro



Vor dem Ruhestand – Eine Komödie von deutscher Seele von Thomas Bernhard **Theater, Samstag, 23. September 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus**



Wie jedes Jahr am 7. Oktober, begehen der Gerichtspräsident Rudolf Höller und seine beiden Schwestern Vera und Clara den Geburtstag des Reichsführers SS, Heinrich Himmler. Im Keller ihres Hauses irgendwo in einer deutschen Stadt entwickelt sich ein grotesker vergangenheitsvoller Geburtstagsspektakel, der mitten in die Abgründe der deutschen Vergangenheit führt.

1978 trat der damalige Ministerpräsident Filbinger zurück, nachdem seine Mitwirkung als Marinrichter an Todesurteilen im verendenden

NS-Staat aufgedeckt wurde. Die Uraufführung des Theaterstücks durch Claus Peymann 1979 führte zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Regisseur und Filbinger. Die im Stükkittel mitschwingende Hoffnung, man könne eine Generation von Mittätern noch vor dem Ruhestand belangen, weicht heute der Einsicht, dass sich Teile der menschenverachtenden Ideologie als dauerhaft untot erweisen.

Von ensemble 7. Mitwirkende:

Walter Gontermann: Rudolf Höller
Ursula Michelis: Vera Höller
Regina Welz: Clara Höller
Regie: Rüdiger Pape
Bühne/Kostüme: Flavia Schwedler

weitere Termine: 29./30.9 sowie 1./6./7./8./12./14./15./20./21./22.10., jeweils 19 Uhr, 4.11. (Museumsnacht)

Gefördert durch das Kulturrat der Stadt Köln und das Landesbüro Freie darstellende Künste

Eintritt: 18 Euro, erm. 12 Euro

Das jüdische Köln - Jüdischer Friedhof Bocklemünd **Exkursion, Sonntag, 24. September 2017, 15 Uhr, Bocklemünd**

Der Jüdische Friedhof zeigt uns die einstige Größe der Jüdischen Gemeinde Kölns anhand bekannter Namen und imposanter Grabstätten, er gibt Einblick in die wechselhafte Geschichte und auch den Neuanfang der Kölner Gemeinde nach 1945.

Mit: Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums

Treffpunkt: Vor dem Eingang des Jüdischen Friedhofs Bocklemünd (Haltestelle Bocklemünd)

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis 20.09.2017 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=21972&inst=14

„Solche Geschichten vergisst man nicht“ **Gespräch mit Markus Reinhardt und Sohn über die interfamiliären Folgen der NS-Verfolgung, Dienstag, 26. September 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus**



Mehr als die Hälfte der Kölner Sinti-Familie Reinhardt überlebte die NS-Verfolgung nicht. Markus Reinhardt, geboren 1958, wuchs mit den Geschichten über Familienangehörige auf, die in Konzentrations- und Vernichtungslagern zu Tode gequält oder im Gas erstickt wurden.

An diesem besonderen Abend begegnet einem nicht der durch sein „Markus Reinhardt Ensemble“

weithin bekannte Violinist, sondern der Sohn von Überlebenden, die neben dem Trauma der NS-Verfolgung auch den Rassismus der Nachkriegsgesellschaft zu bewältigen hatten. Was bedeutete dies für seinen eigenen Lebensweg? Und wie vermittelte sich diese Erfahrung an die nächste Generation? Hierüber spricht er zum ersten Mal mit seinem Sohn in der Öffentlichkeit.

Moderation: Dr. Werner Jung

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Alltag unterm Hakenkreuz. Die Jahre 1936-1939 **Film, Dienstag, 3. Oktober 2017, 19.30 Uhr, Volksbühne am Rudolfplatz**

Jahresbeginn 1936: Die Kölnerinnen und Kölner haben sich auf ein Leben unterm Hakenkreuz eingerichtet. Wer nicht vom Terror des Regimes betroffen ist, der empfindet diese Jahre nach der Armutskrise oft als Blütezeit. Im März 1936 steht Köln im Fokus der internationalen Medien. In einer Überraschungsaktion schickt Hitler 30.000 Soldaten über die Rheinbrücken in die linksrheinische Zone. Es ist der erste militärische Schlag des NS-Regimes nach außen. Doch die Alliierten lassen Hitler gewähren und in Köln selbst wird der Diktator drei Wochen später von Hundert tausenden frenetisch gefeiert. Zwar ist die Zustimmung der Kölner zu Hitler nach außen überdeutlich, aber

dennoch wird jede Opposition unerbittlich verfolgt. Nur für einen kurzen Sommer, während der Olympischen Spiele in Berlin, deren Glanz auch in Köln zu spüren ist, halten sich antijüdische Hetze und Gestapo-Terror in Grenzen, um danach in unmissverständlicher Härte auf den Holocaust zuzusteuern.

Ort: Volksbühne am Rudolfplatz, Aachener Straße 5, 50674 Köln

Eintritt: 7,50 Euro

Ticketinfos und Bestellmöglichkeiten unter www.volksbuehne-rudolfplatz.de

Mit den Fingern in Asche geschrieben

Lesung, Mittwoch, 4. Oktober 2017, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Der Vater von Jovan Nikolic wurde aus Serbien in Lager in das Deutsche Reich verschleppt, der Urgroßvater von Ruždija Sejdovic vor den Augen seiner Familie gefoltert, weil der die faschistische Hymne nicht singen wollte. Seit vielen Jahren leben und arbeiten die Roma-Schriftsteller Nikolic und Sejdovic in Köln. In ihren Werken scheinen, mal explizit, mal ver-

klausuliert, immer wieder die Spuren der NS-Verbrechen auf, denen ihre Eltern und Großeltern ausgesetzt waren, seitdem das Deutsche Reich und Italien im April 1941 Jugoslawien besetzt und aufgelöst hatten.

Nach einer Lesung ausgewählter Texte folgt eine Diskussion darüber, welche Bedeutung die Verfolgungsgeschichte der Vorfahren für die eigene literarische Arbeit hatte und hat.

Moderation: Dr. Karola Fings

In Zusammenarbeit mit dem Rom e.V.

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“: Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Von Stimmungsmache und Übergriffen – Facetten rechter Gewalt

Tagung, Freitag, 6. Oktober 2017, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Die menschenverachtende Anschlag- und Mordserie des NSU offenbarte im November 2011 eine neue Dimension des Rechtsterrorismus in Deutschland. Doch waren terroristische Strukturen in der extremen Rechten schon immer präsent. Gleichzeitig werden aber auch rassistische Anschläge verübt, ohne dass Verbindungen zu einem neonazistischen Untergrund oder organisierten extrem rechten Strukturen vorliegen. Im letzten Jahr gab es erneut einen Anstieg von Übergriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte.

Rassistische Gewalt ist kein isoliertes Phänomen, sondern wird durch Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft begünstigt. Dazu trägt auch eine gewalttätige Sprache bei, die bestimmte Menschengruppen als „die Anderen“ und als „nicht zugehörig“ markiert. Dies können Geflüchtete, Menschen mit Zuwanderungsbiographie, People of Colour oder auch Personen sein, die nicht bestimmten Geschlechtervorstellungen entsprechen.

Daher wollen wir uns im Rahmen einer Tagung mit rechter Gewalt in ihren verschiedenen Facetten und Dimensionen auseinandersetzen. Wie ist die Gefahr rechter Gewalt aktuell zu bewerten? Wie sind die unterschiedlichen Formen von Gewalt in der Ideologie der extremen Rechten eingeschrieben? Welche Erscheinungsformen verbaler Gewalt begegnen uns?

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen rassistischen Diskursen und Gewalt? Was bedeutet das für die Betroffenen? Wo sind Menschen mit institutionellem Rassismus konfrontiert? Was können wir tun? Diese und andere Fragen wollen wir mit Ihnen und euch diskutieren.

Auch in diesem Jahr lädt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wieder Akteur_innen aus Initiativen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, Bildungseinrichtungen, Politik und Verwaltung zur Workshoptagung ein.

Input I: Facetten rechter Gewalt: Taten und Täter_innen

Input II: Facetten rechter Gewalt: die Perspektive Betroffener

Workshop I: Hate Speech

Workshop II: Institutioneller Rassismus

Workshop III: Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt im Kontext Flucht und Asyl

Workshop IV: Perspektivwechsel – was brauchen wir für eine offene Gesellschaft

Die Teilnahme ist **kostenfrei**.

Anmeldung bis zum 27.09.2017 unter: tagung@mobile-beratung-nrw.de

Das **komplette Programm** und weitere Infos: www.mobile-beratung-nrw.de

Europäischer Tag der jüdischen Kultur

Konzert und Rundgang, Sonntag, 3. September 2017, 11.30 Uhr, Tietz-Rödingen

Das LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen lädt ein:

ab 11.30 Uhr: „Mein Name auf Hebräisch“. Lassen Sie sich erklären, wie Ihr Name ganz ohne Vokale und von rechts nach links auf Hebräisch geschrieben wird, und nehmen Sie Ihren Namens-Button mit!

12.30 Uhr: Dorfrundgang: Jüdische Orte im christlich geprägten Dorf. Eine Spurensuche, inklusive Besichtigung des jüdischen Friedhofs. Männer werden gebeten, beim Besuch des Friedhofs eine Kopfbedeckung zu tragen.

14 Uhr: Führung: Ausstellung und Synagoge. Eine Spurensuche zur Geschichte der Familie Ullmann von 1781 bis heute, zur Religions- und Baugeschichte.

15 Uhr: Klezmer in der alten und neuen Welt. Ein Konzert mit dem Duo Tangoyim zum Motto „Diaspora“. Mit Akkordeon, Bratsche, Geige, Klarinette und Gesang nimmt das Duo Tangoyim die Zuhörer mit auf eine musikalische Reise durch Osteuropa bis hin zur versunkenen Welt des jüdischen Shtetl und weiter ins Amerika der 1920er Jahre.



Eintritt: frei

Ort: LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen, Mühlenend 1, 52445 Titz-Rödingen
www.synagoge-roedingen.lvr.de

„Blackbox Abschiebung“

Ausstellungseröffnung, Sonntag, 3. September 2017, 11 Uhr, Köln-Kalk

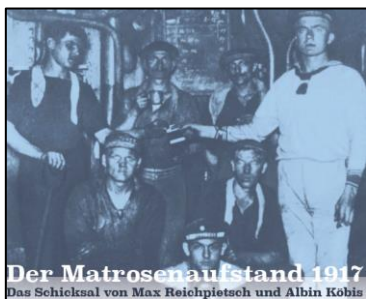
Die Naturfreunde Köln-Kalk laden ein: „Wir präsentieren gemeinsam mit dem Kölner Filmmacher Ralf Jesse dessen Ausstellung ‚Blackbox Abschiebung‘ in Köln. ‚Blackbox Abschiebung‘ ist eine Medieninstallation mit Video-Interviews und Aufnahmen der Geschichten von aus Deutschland abgeschobenen Men-

schen. Bei einem gemeinsamen Frühstück wird die Ausstellung eröffnet. Sie ist vom 4.-15. September 2017 täglich von 17-20 Uhr geöffnet.“

Eintritt: frei

Ort: Naturfreundehaus Köln-Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103 Köln

Der Matrosenaufstand 1917 – Das Schicksal von Max Reichpietsch und Albin Köbis
Buchvorstellung, Montag, 4. September 2017, 19.30 Uhr, Friedensbildungswerk



Das Friedensbildungswerk lädt ein: „Albin Köbis und Max Reichpietsch waren Teil der Matrosenbewegung, die sich gegen die ungleiche Versorgung von Offizieren und Matrosen sowie andere Missstände auf den Schiffen zur Wehr setzte. Zugleich

wollten sie mit ihrem Aufstand ein Zeichen für den Frieden setzen. Es waren insgesamt rund 600 Matrosen, die am 2. August 1917 erstmals aus Protest den Dienst verweigerten und die Schiffe eigenmächtig verließen, doch an Köbis und Reichpietsch sollte ein Exempel statuiert werden. Trotz massiver Bedenken von Marine-

juristen wurde die Vollstreckung der Todesurteile durchgesetzt.

Der Historiker Christoph Regulski würdigt in seinem Buch ‚Lieber für die Ideale sterben, als für die sogenannte Ehre fallen‘ das Schicksal der beiden jungen Matrosen und untersucht die politischen Hintergründe der deutschen Matrosenbewegung 1917.“

Eintritt: 5 Euro

Ort: Friedensbildungswerk

Am Jahrestag der Erschießung vor 100 Jahren, am 5. September um 14 Uhr veranstalten Friedensbildungswerk, die Gruppe Robert Blum der SJ/Die Falken und der DGB Köln/ Bonn eine öffentliche Kundgebung an der Max-Reichpietsch-Str. 2 – Heidestraße in Porz-Wahn.

Auf welchen Werten bauen wir auf?

Diskussion, Donnerstag, 7. September 2017, 19.30 Uhr, Domforum

Friedensbildungswerk, Katholisches Bildungswerk, Melanchthon-Akademie, Runder Tisch für Integration und VHS Köln laden ein: *„Die Fragen sind nicht neu, haben aber höchste Aufmerksamkeit verdient: Auf welchem Wertefundament kann eine Gesellschaft stehen, die durch große Vielfalt geprägt ist? Fragen nach Freiheit und Demokratie, nach Rollenbildern von Mann und Frau, nach Beteiligung und Teilhabe gilt es zu diskutieren. Verständigung über Wertefragen ist für das Zusammenleben in*

zunehmender Diversität notwendig: Gibt es eine große Schnittmenge oder zumindest einen kleinen gemeinsamen Nenner?“

Diskussion mit Dr. Dani Kranz, Anthropologin, Prof. Dr. Armin Wildfeuer, Katholische Fachhochschule Köln, Philosoph und Dr. Aziz Fooladvand, Menschenrechtsaktivist und Lehrer in Bonn-Tannenbusch.

Eintritt: frei

Interkulturelles Köln 2017

Konferenz, Freitag, 8. September 2017, 11.30 Uhr, Rautenstrauch-Joest-Museum

Das Kommunale Integrationszentrum Köln lädt ein: *„Ziel der jährlich stattfindenden Konferenz ist es, den Diskurs zur zeitgemäßen Ausrichtung der Kölner Migrationsarbeit zu führen, Anforderungen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit und gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu erarbeiten und konkrete nächste Schritte für die Migrationsarbeit in Köln zu formulieren.*

Zur ‚Konferenz interkulturelles Köln 2016‘ wurden die Planungen der vom Kommunalen Integrationszentrum bei der TH Köln (Fakultät angewandte Sozialwissenschaften) beauftragten Studie ‚Impulse für Innovationen in der Migrations- und Integrationsarbeit‘ vorgestellt und anschließend gemeinsam im Plenum konkrete Schwerpunkte der Studie festgelegt.

Die Studie liegt nun vor und wird zur Konferenz am 8. September 2017 vorgestellt. Des Weiteren sollen die dort schwerpunktmäßig untersuchten Handlungsfelder ‚Kommunales Management der Migrations- und Integrationsarbeit‘, ‚Flucht‘, ‚Mehrsprachigkeit in Kitas‘ und ‚Antidiskriminierungsarbeit‘ in Workshops diskutiert und konkrete Schritte zur Beförderung einer Umsetzung vereinbarten werden.“

Programmablauf:

11:30 Uhr Ankommen mit Kaffee

12:00 Uhr Begrüßung durch Herrn Dr. Rau, Beigeordneter für Soziales, Integration und

Umwelt und Frau Kremer-Buttkereit, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Köln

12:20 Uhr Vortrag zu den Ergebnissen der Studie ‚Impulse für Innovationen in der Migrations- und Integrationsarbeit‘ von Frau Prof. Dr. Farrokhzad (TH Köln) und Herr Kluß (context GbR)

13:40 Uhr Themeneinführung zu den Workshops, Arbeit in den Workshops und Erstellung einer Roadmap

16:25 Uhr Interviews

17:00 Uhr Schlusswort von Frau Oberbürgermeisterin Reker

Anmeldung unter:

https://www.bildung.koeln.de/KI-Koeln_KIK2017

Ort: FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln



StammtischkämpferInnen gegen Rassismus

Argumentationstraining, Samstag, 9. September 2017, 10 Uhr, Köln-Mülheim

Die Initiative „Kein Veedel für Rassismus“ lädt ein: „Wir erleben, dass rassistische Argumente immer weiter um sich greifen und Rassisten*Innen immer mehr Gehör finden. Wir reagieren auf diese veränderte Stimmungslage oft mit Verunsicherung und Rückzug. Das wollen wir ändern!

Ein Schwerpunkt des Workshops ist, die Argumente rechtspopulistischer Parteien auseinander zu nehmen und wichtige eigene Argumentationsmuster zu entwickeln. Beispielsweise

üben wir in kleinen Rollenspielen, wie wir uns hilfreich und verbal gegenüber rechten Parolen verhalten wollen und können. Zudem wollen wir uns vernetzen um ‚best practice‘-Beispiele und Erfahrungen auszutauschen.“

Es fallen **keine Teilnehmergebühren** an.

Ort: Don Bosco Club e.V., Tiefenthalstr. 38, 51063 Köln

Anmeldung unter: stammtisch-workshop-kvfr@posteo.de -

Herz statt Hetze

Festival, Sonntag, 10. September 2017, 14 Uhr, Köln-Südstadt



Die Südstadt-Gruppe der Initiative „Kein Veedel für Rassismus“ lädt am zusammen mit „Kein Kölsch für Nazis“ und weiteren Unterstützern zu einem antirassistischen Benefizfestival ein:

„Bei frischen Getränken und bunter Musik, u.a. The Local Ambassadors, Quichotte, Leila Akinyi, TIMBÀ, Chanson Trottoir, Löber Akustik, Talya, Bilderstöckche Blues Büggele, Gäng

Latäng, Reezy Reez, Abdulrahman Mürdereyez und vielen mehr!

Mit diesem antirassistischen Festival wird „Kein Veedel für Rassismus“ auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes einen Kontrapunkt zum rassistischen Wahlkampf der AfD setzen.

Die Erlöse des Festivals werden an die Seenotrettung Sea-Watch gespendet. Sea Watch-Aktivist*innen sowie weitere Initiativen werden mit einem Infostand vor Ort sein, so dass ihr euch aus erster Hand informieren könnt.“

Beginn:

14:00 Uhr – Ausstellungseröffnung

15:00 Uhr – Bühnenprogramm

Ort: Bauspielplatz/Friedenspark, Hans-Abraham-Ochs-Weg 1, 50678 Köln

Weitere Informationen:

<http://www.keinveedelfuerrassismus.de/herzstatt-hetze/>

„Ich bin ein kölsch Määdche“

Gespräch mit Henny Franks, Schülerin der jüdischen Volksschule Lützowstraße, Donnerstag, 14. September 2017, 15.30 Uhr, Jawne

Der Lern- und Gedenkort Jawne lädt ein: „Henny Franks hatte 1939 das große Glück, zu den Kindern zu gehören, die mit einem Kindertransport nach England ausreisen konnten. Der Schulleiter des jüdischen Gymnasiums Jawne, Dr. Erich Klibansky, organisierte diese Rettungsaktion in Köln – 130 Kinder konnten durch ihn gerettet werden.“

Henny Franks wurde 1923 in Köln geboren, heute lebt die 94jährige in London. Und sie kommt uns wieder besuchen, so dass wir Gelegenheit haben, ihre Geschichte zu hören und mit ihr ins Gespräch zu kommen. Ferner stellen wir Materialien – Video- und Textdokumente –

über Henny Franks für die Arbeit mit Schüler_innen vor, die bei ihrem letzten Besuch 2016 entstanden.“

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Die Brauns und die Grünebaums. Eine Ausstellung zur Geschichte der Städtischen Israelitischen Volksschule zu Köln“

Eintritt: frei

Dieses Seminar findet in Kooperation mit dem evangelischen Schulreferat Köln und Region statt. Bitte melden Sie sich bis zum 7. September 2017 verbindlich im Schulreferat unter Tel. 0221/33 82-274 an.

Unterwegs in Vielfalt

Bustour, Donnerstag, 14. September 2017, 13.30 Uhr, Köln

Der Integrationshaus e.V., lädt ein: „‘Mission possible! Einmischen – Mitmischen‘ - lautet das diesjährige Motto der Interkulturellen Zentren in der Stadt Köln. Verschiedene Aktionen und Veranstaltungen greifen das Thema in unterschiedlicher Art und Weise auf. Eine besondere Aktion bildet die interkulturelle Bustour ‚Unterwegs in Vielfalt‘. Von Osten nach Westen, vom Norden nach Süden - quer durch Köln geht die Tour. Die Mitreisenden erhalten bei vier Stops

an Interkulturelle Zentren einen Einblick in ihre Arbeit und somit in die Vielfalt unserer Stadt.“

Start und Ende:
Integrationshaus
e.V., Ottmar-Pohl-Platz 5, Köln-Kalk

Weitere Infos und Anmeldung unter:
vielfalt@ihaus.org



Interkulturell sensibel und kompetent – Praxistipps für die tägliche Arbeit mit Geflüchteten

Seminar, Freitag, 15. September 2017, 15 Uhr, Köln-Porz

Das Katholische Bildungswerk lädt ein: „Sie arbeiten mit geflüchteten Menschen und ärgern sich manchmal über ein bestimmtes Verhalten oder verstehen nicht, warum Dinge nicht so funktionieren, wie Sie sich das gewünscht haben? Interkulturelle Kompetenz ist für alle, die mit Geflüchteten arbeiten, extrem wichtig. Der Abbau von Stereotypen und Vorurteilen ermöglicht eine offene Haltung, ohne die Interaktion nicht gelingen kann. Das Wissen um bestimmte kulturelle Werte, Verhaltensweisen und Gewohnheiten entlastet Sie und gibt Ihnen Orien-

tierung. Hiervon profitieren beide Seiten: Es gibt weniger Konflikte, schnellere Hilfe und mehr Erfolge in der Integration.“

Referentin: Darya Kalugina, Referentin für Ehrenamtlichenfortbildung und Deutschkurse für Geflüchtete

Ort: Gemeindezentrum Aegidium, Heidestraße 14, 51147 Köln (Porz)

Anmeldung unter:
anmeldung@bildungswerk-koeln.de

Celebrating diversity!

Streetfootball-Festvial, Sonntag, 17. September 2017, 14 Uhr, Köln-Niehl



Die Rheinflanke lädt ein: „Das football3 Festival von streetfootballworld kommt nach Köln! Ziel des Festivals ist der interkulturelle Austausch europäischer Jugendlicher. Dazu wird das Potenzial des Fußballs genutzt, um gemeinsame Werte wie Fair Play und Toleranz zu vermitteln. Als Netzwerk-

partnerin organisiert die RheinFlanke gGmbH gemeinsam mit streetfootballworld das football3-Turnier und das dazugehörige Jugend-

camp in diesem Jahr. 100 Jugendliche aus zehn Nationen besuchen den Jugendhilfeträger in Köln, um gemeinsam Fußball zu spielen und zu lernen.

Rund um die Finalsplele des football3 Turniers gibt es ab 14:00 Uhr ein buntes Festivalprogramm aus Kunst- und Trendsport-Workshops, Musik, internationalem Essen und vielem mehr.“

Eintritt: frei

Ort: Gelände des ZAK, Zirkus- und Artistikzentrums Köln

Der letzte „steinerner Zeuge“ der Synagogengemeinde Leer

Vortrag, Dienstag, 19. September 2017, 19 Uhr, Jawne

Der Lern- und Gedenkort Jawne lädt ein: „1909 wurde mit dem Bau des Hauses begonnen, das heute als die Gedenk- und Begegnungsstätte ‚Ehemalige Jüdische Schule‘ in Leer bekannt ist. Im Juni 1910 begann Lasser Abt mit dem Unterricht für ca. 25 Mädchen und Jungen in der Elementarschule der jüdischen Gemeinde. Bis zu ihrer Schließung im Jahr 1939 unterrichteten insgesamt vier Lehrer. Drei von ihnen wurden zusammen mit zahlreichen anderen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Leer in Konzentrationslagern ermordet.

Im Vortrag wird die Geschichte der Jüdischen Schule, ihrer Lehrer und Schulkinder erzählt und über die heutige Arbeit in der Gedenk- und Begegnungsstätte berichtet. Die Ehemalige Jüdische Schule Leer ist eine Gedenk- und Begegnungsstätte in Trägerschaft des Landkreises Leer. Als letzter ‚steinerner Zeuge‘ der Synagogengemeinde Leer widmet sie sich dem Gedenken an die jüdische Bevölkerung aus dem Landkreis. Zu ihren Aufgaben gehören die

Erforschung, Vermittlung und Präsentation jüdischer Lokalgeschichte sowie Veranstaltungen zu aktuellem jüdischen Leben in Deutschland. In der Einrichtung werden die Dauerausstellung zur Schule mit Interviewsequenzen ehemaliger Schüler_innen sowie wechselnde Sonderausstellungen gezeigt.

Referentin: Dr. phil. Juliane Irma Mihan hat an den Universitäten Erfurt und Potsdam Neuere Geschichte (Schwerpunkt deutsch-jüdische Geschichte), Jüdische Studien, Religions- und Erziehungswissenschaft studiert und wurde 2016 mit einer Arbeit über die jüdisch-christliche Simultanschule in Lengsfeld (Sachsen-Weimar-Eisenach) promoviert.“

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Die Brauns und die Grünebaums. Eine Ausstellung zur Geschichte der Städtischen Israelitischen Volksschule zu Köln“

Eintritt: frei

Unsere Entscheidung! Offene Gesellschaft oder nationale Verhärtung?

Diskussion, Mittwoch, 20. September 2017, 19.30 Uhr, Domforum

Forum für Willkommenskultur, Kölner Willkommensinitiativen, Katholisches Bildungswerk, Aktion Neue Nachbarn laden ein: „Es ist Unruhe in die Gesellschaft gekommen: Viele Menschen spüren die Veränderungen durch Zu-

wanderung, Globalisierung, Terror und soziale Herausforderungen. Eine deutliche Zunahme der Spannungen, politischen Kontroversen, Unruhe ist zu verzeichnen, eine neue Schärfe in den Auseinandersetzungen spürbar. Bei den

einen bewirkt das eine große Bereitschaft zur Offenheit und Integration, bei den anderen löst die Situation Ängste und Ablehnung aus. Politik und Medien setzen dieser polarisierenden Stimmung bisher wenig entgegen. Vielmehr wird sie genutzt, um eigene Vorstellungen von Sicherheit, Abschottung und Macht auszubauen. Nun ist es an den Menschen in diesem Land und in dieser Stadt zu fragen: Wohin wollen wir? Welchen Einfluss nehmen wir auf die Entwicklungen in unserer Gesellschaft? Können wir einer fortschreitenden Spaltung die Stirn bieten? Der Sozialpsychologe Stephan Grünewald vom rheingold-Institut führt in das Thema ein. Anschließend sind alle eingeladen, mitzu-

reden über die Ängste in der Gesellschaft, die politischen und medialen Reaktionen darauf, die tatsächliche oder ‚gefühlte‘ Einschränkung von Rechten und die möglichen Chancen einer neuen Gemeinschaft.“



Moderation: Anke Bruns

Eintritt: frei

Hate Speech und alltäglicher Rassismus in sozialen Netzwerken Seminarwochenende, 6.-8. Oktober 2017, Bornheim

Die Kölische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit/Projekt „Rote Karte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“ lädt ein: „Für das Jahr 2016 registrierte die Amadeu Antonio Stiftung 1.578 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten. Auch in diesem Jahr gab es bereits eine Vielzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle – rassistische Gewalt gehört leider zum Alltag in Deutschland.“

Alltagsrassismus geworden und stehen deshalb bei diesem Seminar im Mittelpunkt einer Auseinandersetzung, wie hiermit im Netz umgegangen werden soll.

Mit unserem Seminarangebot wenden wir uns an Jugendliche und junge Erwachsene, die mehr zu diesem Thema erfahren wollen. Wir beschäftigen uns mit verschiedenen Ausdrucksformen von Rassismus und gehen dabei nicht nur auf besonders aggressive und menschenverachtende Ansichten und Handlungen ein, sondern eher auf unterschwellige Formen, die geäußert werden. Zudem gehen wir den Fragen nach:

Wer ist von Rassismus betroffen? Wie fühlen sich die Betroffenen? Und was kann ich dagegen tun? Wir möchten dich herzlich einladen, mit uns diese und weitere Fragen zu diskutieren und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Hate Speech und Rassismus zu erarbeiten.

Wer? Wir freuen uns auf alle Interessierten ab 16 Jahren.

Wo? Jugendakademie Walberberg, Wingert 1, 53332 Bornheim

Verpflegung und Unterkunft sind kostenfrei. Es fallen keine Seminargebühren an.“

Weitere Informationen unter:

www.facebook.com/RoteKarteRassismus



Rassistische Ausgrenzung findet auf verschiedenen Ebenen statt. Sätze wie 'Bei uns ist man pünktlich' oder 'Du sprichst aber gut deutsch' sollen Menschen deutlich machen, dass sie nicht dazugehören. Diese Form von Rassismus gehört zur alltäglichen Erfahrung von Menschen, die ausgegrenzt werden sollen, und kann sie überall treffen und verletzen – in der realen Welt ebenso wie im Netz. Soziale Netzwerke sind in den letzten Jahren zu einem zentralen Ort für Hate Speech und

Unterstützung für Doğan Akhanlı Recherche International sammelt Spenden

Der Verein „Recherche International“ teilt mit: *„Wir sind bestürzt darüber, dass der deutsch-türkische Schriftsteller Doğan Akhanlı auf Betreiben der Türkei in Spanien inhaftiert wurde. Er wurde zwar nach einem Tag wieder freigelassen, wird aber nun daran gehindert, Spanien zu verlassen und muss dort womöglich mehrere Monate auf einen Gerichtsentscheid über den Auslieferungsantrag der Türkei warten. Ein willkürlicher Übergriff der spanischen Justiz im Auftrag des türkischen Staates, gegen den wir scharf protestieren.“*

Der 60-jährige Autor lebt seit 1992 in Köln und arbeitet seit vielen Jahren für ‚recherche international e.V.‘. Er ist Mitglied in der internationalen Schriftstellervereinigung PEN. In seinen literarischen Werken und Forschungsarbeiten für den Verein setzt er sich nicht nur für die Unteilbarkeit der Menschenrechte und gegen die Verfolgung Andersdenkender durch das Erdogan-Regime ein, sondern insbesondere auch für die Aufarbeitung des Genozids an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs, der von der türkischen Regierung bis heute geleugnet wird.

„Die jetzige Festnahme zeigt den Versuch Erdogans, seine Macht über die Grenzen seines Landes hinaus auszudehnen und weltweit gegen unliebsame und kritische Stimmen vorzugehen“, so Akhanlıs deutscher Rechtsanwalt Ilias Uyar. Die Verfolgung und Inhaftierung von Oppositionellen und Kritikern des türkischen Regimes im europäischen Ausland ist keine Ausnahme. In Spanien muss der schwedisch-türkische Journalist Hamza Yalcin sogar in Haft auf seinen Auslieferungsprozess warten.

Wir bitten für die Finanzierung des Zwangsaufenthalts von Doğan Akhanlı, der Prozesskosten und der Solidaritätsarbeit um (steuerabzugsfähige) Spenden. Gelder, die nicht für die Finanzierung des Verfahrens von Doğan Akhanlı benötigt werden, werden dem ‚Rechtshilfefonds für Verfolgte in der Türkei‘ (<http://www.daskulturforum.de/>) übergeben.“

Recherche International e.V.
Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE07 3705 0198 0023 8120 43
SWIFT-BIC.: COLSDE33
Stichwort: Doğan Akhanlı

Toolbox gegen rechts Zum Umgang mit rechter Gewalt

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt VBRG e.V. und die Opferberatungsstelle Opferperspektive e.V. in Brandenburg teilen mit: *„Auf der neuen Internetseite www.toolbox-gegen-rechts.de finden sich Hinweise und Informationen zum Umgang mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. In einem Kurzfilm werden die wichtigsten Informationen kurz und prägnant dargestellt. Das Angebot richtet sich speziell an Jugendliche, die auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder ihres politischen Engagements zu Angriffszielen von rechten GewalttäterInnen geworden sind. Mit der Website wurde eine Möglichkeit geschaffen, Jugendliche über ihre Rechte und mögliche Strategien nach einem Angriff zu informieren.“*

Die Inhalte sind online verfügbar und so an jedem Ort per Smartphone abrufbar. Damit haben VBRG und Opferperspektive ein zeitgemäßes und niedrigschwelliges Angebot geschaffen, über das sich Jugendliche leichter informieren können. Es ermöglicht ihnen au-

ßerdem unkompliziert in Kontakt mit den jeweiligen Opferberatungsstellen im gesamten Bundesgebiet zu treten.

Die Website bietet Antworten auf Fragen, die viele betroffene Menschen nach dem Erleben einer rechten Gewalttat beschäftigen: Was ist direkt nach einem Angriff wichtig? Wie kann ich mit meinen Ängsten umgehen?

Was sind die Vor- und Nachteile einer Anzeige? Darüber hinaus gibt es wichtige Hinweise zu Entschädigungen und der Finanzierung von Arztkosten und anwaltlicher Vertretung. Jugendlichen soll so die Möglichkeit gegeben werden, selbstbestimmt mit den Angriffsfolgen umzugehen. In einem Kurzfilm wird zudem die Arbeitsweise der Opferberatungsstellen erläutert.“

www.toolbox-gegen-rechts.de



Projekt re:act

Stärkung Geflüchteter und Unterstützer nach rassistischen Gewalterfahrungen

Die Opferberatung Rheinland (OBR) teilt mit: „Das projekt ‚re:act‘ hat zum Ziel, für das Thema Gewalt gegen Geflüchtete zu sensibilisieren und zur solidarischen Unterstützung in jedem Einzelfall anzuregen. Das Angebot richtet sich an Menschen, die mit geflüchteten Menschen zusammenarbeiten, wie Haupt- und Ehrenamtliche aus Unterkünften, Beratungsstellen, (Willkommens-)Initiativen, Verbänden und Religionsgemeinschaften. Im Rahmen von Workshops, Impulsvorträgen oder Schulungen werden solidarische Unterstützungsmöglichkeiten thematisiert und die Handlungskompetenz im Umgang mit Betroffenen rechter oder rassistischer Gewalt gestärkt. Die Bildungs- und Vermittlungsangebote orientieren sich an den inhaltlichen Bedarfen und Fragen der jeweiligen Gruppen und Institutionen.“

„Trotz aller Probleme und Versäumnisse der vergangenen Jahre sind die Weichen für die Integration in unserer Gesellschaft gestellt. Einheimische wie Migrantinnen und Migranten engagieren sich für ein gutes Zusammenleben, ein neues Wir auf der Basis der Menschenrechte und der Toleranz und des gegenseitigen Respektes unterschiedlicher Kulturen“, so äußerte sich der Sprecher des Runden Tisches, Dr. Wolfgang Uellenberg – van Dawen.

Infos und Anregungen:

Walburga Hirschbeck,
Tel: 02 11 / 15 92 55-62
walburga.hirschbeck@opferberatung-rheinland.de

Fairen Wahlkampf angemahnt

Der Runde Tisch schließt Fairnessabkommen



Der Kölner Runde Tisch für Integration teilt mit: „Trotz aller Probleme und Versäumnisse der vergangenen Jahre sind die

onen einzusetzen und daher – auch wenn dies laut ihrem Grundsatzprogramm selbstverständlich ist – nicht auf Kosten von unter uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund Wahlkampf zu betreiben und inhaltlich fair zu bleiben;

keine Vorurteile gegen die hier lebenden Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge zu schüren oder in den eigenen Reihen zu dulden;

Die Vereinbarung im Wortlaut:

Die unterzeichnende Partei verpflichtet sich ausdrücklich im Wahlkampf zur Wahl für den Deutschen Bundestag am 24. September 2017 die Vielfalt in unserer Gesellschaft zu achten und sich für gute Lebensbedingungen, Toleranz und ein friedliches Miteinander der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Religi-

onen einzusetzen und daher – auch wenn dies laut ihrem Grundsatzprogramm selbstverständlich ist –

nicht auf Kosten von unter uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund Wahlkampf zu betreiben und inhaltlich fair zu bleiben;

keine Vorurteile gegen die hier lebenden Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge zu schüren oder in den eigenen Reihen zu dulden;

Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge nicht für negative gesellschaftliche Entwicklungen wie Arbeitslosigkeit oder die Gefährdung der Inneren Sicherheit verantwortlich zu machen.

Wir sind mit den Schiedsleuten, Frau Hannelore Bartscherer, Vorsitzende des Katholikenausschusses in der Stadt Köln, und Herrn Stadtsuperintendent Rolf Domning, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region, einverstanden und stimmen zu, dass diese zusammen mit dem Kölner Runden Tisch für Integration bei etwaigen Verstößen gegen die Vereinbarung öffentlich einschreiten können.

Der Runde Tisch wird die Fairness-Vereinbarung veröffentlichen und dazu auffordern, Hinweise auf mögliche Verstöße den Schiedspersonen mitzuteilen.

Sollte Ihnen anhand von Wahlplakaten oder Wahlkampfäußerungen ein Verstoß auffallen, bitte, setzen Sie sich mit dem Runden Tisch (info@rundertischkoeln.de) in Verbindung.“

Im Folgenden dokumentieren wir eine Pressemitteilung der Opferberatung Rheinland und des Rom e.V. vom 31.08.2017

Betroffene eines rassistischen Brandanschlags in Köln wenden sich nach 23 Jahren an Stadt und Öffentlichkeit

Bei einem Brandanschlag auf eine städtische Notunterkunft in Köln-Gremberg im Januar 1994 wurden acht Roma teilweise lebensgefährlich verletzt, zwei Personen starben an den Folgen ihrer erlittenen Brandverletzungen. Die Verletzten kritisieren, dass sie bis heute nicht als Betroffene rassistischer Gewalt wahrgenommen werden und möchten gleichzeitig daran erinnern, dass rassistische Gewalt nach wie vor stattfindet. „Der Brandanschlag von damals darf nicht in Vergessenheit geraten. Auch als Mahnung, da solche rassistischen Taten auch heute passieren“, so Dragan J., Vater der damals 11-jährigen Tochter, die nach dem Brandanschlag an ihren Verletzungen starb.

Am 26 Januar 1994 wurde in der Notunterkunft, in der zwei Roma-Familien sowie Deutsche lebten, an mehreren Stellen Feuer gelegt. Schon einen Tag nach der Tat erklärte die Polizei, dass sie zwar von Brandstiftung ausgehe, es aber keine Hinweise auf eine „fremdenfeindliche“ Straftat gäbe. Diese Festlegung, die aufgrund verschiedener rassistischer Äußerungen durch Anwohner vor und nach der Tat fragwürdig erscheint, hatte der Rom e.V. bereits am 10.02.1994 kritisiert. Im weiteren Verlauf wurden augenscheinlich eklatante Ermittlungsfehler gemacht: So wurde mögliches Beweismaterial bei Aufräumarbeiten direkt am Tag nach der Tat entfernt und damit eine ausführliche Spurensicherung unmöglich gemacht. Darüber hinaus gab es große Sicherheitsmängel in der städtischen Unterkunft, u.a. gab es dort keinen Feuerlöscher und in der Tatnacht war die Feuerwehrezufahrt verriegelt.

Direkt nach dem Anschlag hat der Rom e. V., laut eigener Aktenlage, ein Jahr lang intensiv versucht unter Hinweis auf diese Ungereimtheiten mit der Familie gemeinsam gegen die mangelnde Aufklärungsbereitschaft und gegen die unglaubliche Ignoranz von Seiten der Verantwortlichen anzukämpfen. Das Leid der Betroffenen interessierte niemanden, vielmehr gab es Versuche sie noch zusätzlich zu diskreditieren, indem man sie selbst für das schreckliche

Ereignis verantwortlich machen wollte. Diese Haltung den Roma gegenüber ist bis heute vorhanden. Ihre Rechte werden nicht ernst genommen.

So erhielt Familie J., zwei Tage nachdem ihre elfjährige Tochter an ihren erlittenen Brandverletzungen verstarb, von der Ausländerbehörde die Aufforderung, die Bundesrepublik sofort zu verlassen. Die Familienmitglieder, welche als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen, sind bis heute nicht ausgeweisert und wurden nicht abgeschoben. Sie haben aber nach wie vor nur eine Duldung, die sie alle drei Monate verlängern müssen.

Dazu Johannes Gleitz von der Opferberatung Rheinland: „Wir finden es skandalös und nicht nachvollziehbar, dass die Familie nicht spätestens nach der Tat einen dauerhaften Aufenthalt erhalten hat, um die Folgen in zumindest einer aufenthaltsrechtlichen Sicherheit bewältigen zu können. Dass sie 23 Jahre danach immer noch geduldet ist, macht uns sprachlos. Als Ausdruck von Solidarität und Anerkennung fordern wir daher ein dauerhaftes Bleiberecht für die Familie. Hierdurch könnte sie auch das Grab ihrer verstorbenen Tochter besuchen, welches sich in Serbien befindet. Aufgrund der Duldung war den Familienmitgliedern der Besuch seit 23 Jahren nicht möglich.“

Die Betroffenen wünschen sich daher Anerkennung von Seiten der Stadt und der Öffentlichkeit.

Kontakt:

Opferberatung Rheinland: www.opferberatung-rheinland.de / info@opferberatung-rheinland.de

Rom e.V.: www.romev.de / info@romev.de

Presse oder Interviewanfragen:

Iris Biesewinkel (Opferberatung Rheinland): 01525 / 60 58 726

Johannes Gleitz (Opferberatung Rheinland): 01575 / 14 01 51 2

Alle Kids sind VIPs

Wettbewerb für ein faires Miteinander in kultureller Vielfalt

Ein weiteres Mal ist die Bertelsmann Stiftung auf der Suche nach Integrationsprojekten, die maßgeblich von Jugendlichen im Alter von 11 bis 21 Jahren initiiert worden sind und sich für ein faires Miteinander in kultureller Vielfalt einsetzen: „Das Engagement der Teilnehmenden wird mit einer Auszeichnung der innovativsten Jugendprojekte gewürdigt, die den sozialen und interkulturellen Zusammenhalt stärken. Stars wie Gerald Asamoah, Culcha Candela, Bülent Ceylan, FanatiX, Maite Kelly und Rebecca Mir unterstützen den Wettbewerb aktiv als prominente Botschafter.

Bis zum 28. September 2017 ruft die Stiftung daher alle Jugendlichen auf, sich mit ihrem

Projekt für ein faires Miteinander in kultureller Vielfalt zu bewerben. Neben einem Publikumsliebbling, der online via Voting gewählt wird, werden fünf weitere Gewinner/-innen von einer unabhängigen Jury ermittelt.“



<https://www.allekidssindvips.de/home/>

Aktiv für Demokratie und Toleranz Noch bis zum 24. September bewerben



Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) schreibt seit 2001 jährlich den bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus: „Den Gewinner/-innen winken Geldpreise in Höhe von 1.000 bis 5.000 Euro und eine ver-

stärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung. Demokratie bedeutet, sich in die Angelegenheiten vor Ort einzumischen und beginnt z.B. in der Familie, in der Schule oder in der Freizeit. Wir wollen Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz im Alltag auf kreative Weise mit Leben füllen, für ihr Engagement würdigen.“

<http://www.buendnis-toleranz.de/aktiv/aktiv-wettbewerb/>

Margot-Friedländer-Preis Auseinandersetzung mit dem Holocaust

Die Schwarzkopf-Stiftung teilt mit: „Bis zum 1. Dezember 2017 können sich Klassen und Projektgruppen für den Margot-Friedländer-Preis 2018 bewerben. Junge Menschen sollen durch den Preis und den dazugehörigen Wettbewerb motiviert werden, sich mit dem Holocaust, seiner Überlieferung und Zeugenschaft in interaktiven Projekten auseinanderzusetzen und sich gegen heutige Formen von Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung einzusetzen.

Der Margot-Friedländer-Preis vergibt ein Preisgeld von bis zu 5.000 Euro, das die Umsetzung

der von den Jugendlichen im Rahmen des Wettbewerbs entwickelten Projektideen zwischen Januar und Juli 2018 ermöglichen soll. Der Preis richtet sich bundesweit an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II aller Schulformen, beruflicher Schulen, Förderschulen und an Jugendliche und Auszubildende zwischen 14 und 25 Jahren.“

http://schwarzkopf-stiftung.de/awards/margot-friedlander-preis/ausschreibung-2017_18/

Demokratisch Handeln Ein Wettbewerb für Jugend und Schule

Der Förderverein Demokratisch Handeln e.V. teilt mit: „Der Wettbewerb Demokratisch Handeln wird seit 1990 für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Mit der Aufforderung ‘Gesagt! Getan: Gesucht werden Beispiele für Demokratie. In der Schule und darüber hinaus’ sollen schulische Gruppen angesprochen, insbesondere aber Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen gewonnen werden. Ideeller Partner des Wettbewerbs ist die Theodor-Heuss-Stiftung e.V. Der Förderverein Demokratisch Handeln e.V. ist Träger des Wettbewerbs. Der Wettbewerb Demokratisch Handeln will demokratische Haltung und

demokratische Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken.

Teilnehmen können Kinder und Jugendliche alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden aller Schularten und Schulstufen, auch mit Eltern und mit Jugendarbeitern. Es interessieren Themen und Projekte aus dem Alltag von Schule und Jugendarbeit, insbesondere solche, die eine eigenverantwortliche Tätigkeit ermöglichen. Die Dokumentation des Projektes sollte bis zum Einsendeschluss am 30. November 2017 eingereicht werden.“

www.demokratisch-handeln.de

„Was soll ich denn da sagen?!“

Zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag

Das beratungsNetzwerk hessen — Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus teilt mit: „Eine Schule steht nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern ist mittendrin und lässt sich von ihr beeinflussen. Rassistische Einstellungen sind daher keine Seltenheit. Die Studie hat u. a. Lehrer_innen, Schüler_innen und Sozialpädagog_innen befragt, inwieweit sie Rassismus wahrnehmen, welche Handlungsmöglichkeiten sie sehen und welche Unterstützung

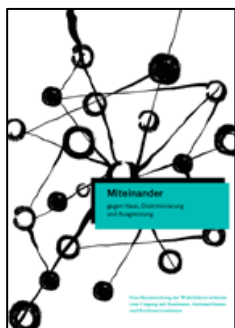
sie sich wünschen. Gestützt auf die Antworten wird ein realistisches Bild über den schulischen Umgang mit Rassismus vermittelt und aufgezeigt, welche Unterstützungsangebote nötig sind.“

Die Arbeitshilfe online unter:

http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/bnwh/dokumente/public/img/contentimg/news_fotos-pdfs_neu/BNWH_Brosch_schule_web.pdf

Miteinander

Broschüre zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Diskriminierung



Der Paritätische Gesamtverband teilt mit: „Die extreme Rechte in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren tiefgreifend gewandelt – und sie hat einen rasanten Aufstieg erlebt. Ihre Ideologie läuft den Werten von Wohlfahrtsverbänden diametral entgegen. Sie sind deshalb besonders geeignet und gefordert, gegen Rechtsextremismus und -populismus aktiv zu werden.

Vergessen Sie die Springerstiefel! Schlagen Sie sich dieses Bild aus dem Kopf, dieses Bild eines Skinheads mit Baseball-Schläger, Bomberjacke und hochgeschnürten, schweren Schu-

hen. Wenn Zeitungen oder Online-Medien über Rechtsextremismus berichten – egal ob es um Gewalt gegen Flüchtlingsheime geht, um das gescheiterte NPD-Verbot oder um rechtsextreme Propaganda im Internet –, ständig illustrieren sie ihre Berichte mit Bildern von Springerstiefeln. Doch nur wenige Rechtsextreme sehen heutzutage noch so aus. Weil aber viele Medien weiterhin uralte Bilder zeigen und damit Stereotype bestärken, erkennt heute die Öffentlichkeit viele Erscheinungsformen der extremen Rechten nicht mehr.“

Die Broschüre zum Download:

http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/170609_handreichung-miteinander.pdf

Arbeit für Demokratie vor Ort

Broschüre zu den „Partnerschaften für Demokratie“ erschienen

Das Bundesfamilienministerium teilt mit: „Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert deutschlandweit mehr als 260 Städte, Gemeinden und Landkreise dabei, Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Wie die Arbeit in diesen lokalen Partnerschaften für Demokratie konkret aussieht, zeigt eine neue Broschüre.

Nach einer Vorstellung des Aufbaus, der Zielsetzung und der Ausgestaltung der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erhalten die Leserinnen und Leser anhand einer Reihe von anschaulichen Beispielen einen Eindruck von der Vielseitigkeit der durch die Förderung ermöglichten Projekte. Die Beispiele machen deutlich, dass gerade die

vielen Aktionen vor Ort, durchgeführt von lokalen Initiativen und Verbänden, einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gelingen unserer Demokratie leisten. Zusätzlich gibt es für jedes Bundesland ein Verzeichnis sämtlicher Partnerschaften für Demokratie und deren jeweiligen Kontaktdaten.“

Die Broschüre zum Download: <https://www.demokratie-leben.de/index.php?id=968>



„Menschen wie DU neigen zu Straftaten“

Broschüre zu rassistischer Diskriminierung bei der Polizei



Das Netzwerk „ADBs für NRW“ und das Antidiskriminierungsbüro des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt teilen mit: „Nachdem in den letzten Jahren Beschwerdeführer_innen vermehrt die Polizei als Verursacherin von Diskriminierung genannt hatten, beschloss das Netzwerk „ADBs für NRW“ das Thema aufzugreifen. „2015 berichtete sogar

knapp jede 5. rassistische Person von diskriminierenden Erfahrungen mit der Polizei, erklärt Ilka Simon, Koordinatorin und Referentin des ADB Köln. Häufig trete die Diskriminierung in Form des unrechtmäßigen ‚racial profilings‘ auf, welches seit den Ereignissen in der Silvester-

nacht auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz insbesondere vermeintlich nordafrikanisch aussehende Menschen betreffe und unter Generalverdacht stelle, so Simon. Darüber hinaus beklagen die Betroffenen respektloses Verhalten, rassistische Anschuldigungen oder das unverhältnismäßige Einsetzen von härteren Mitteln, wie z.B. Pfefferspray, seitens der Polizei.

Die Broschüre gibt Handlungsempfehlungen für die Landespolitik und konkrete Hinweise, was Zeug_innen und Betroffene von rassistischer Polizeigewalt unternehmen können. Das Ziel der Broschüre ist es, zu verdeutlichen, dass Rassismus in unserer Gesellschaft allgegenwärtig ist und alle betrifft. Zudem sollen Stimmen von Betroffenen hörbarer und Betroffene und Verbündete gestärkt werden.

Die Broschüre ist ab sofort beim ADB Köln erhältlich. Sie kann gegen Porto oder eine freiwillige Spende bestellt oder (als aktualisierte Fassung nach der Silvesternacht 2016/2017) unter www.oegg.de/index.php?de_ab-2008 heruntergeladen werden.“

Streifzüge und Ausflüge

Mobile Beratung NRW veröffentlicht „Berichte von unterwegs II“

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW teilt mit: „*Rechte Gewalt, organisierter Neonazismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus gehören auch zwischen Rhein und Weser zum Alltag. Diese Diagnose stellten die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und für Demokratie aus NRW im Jahr 2012 der Einleitung des ersten Bandes der 'Berichte von unterwegs' voran. Wir müssen leider feststellen, dass dies auch fünf Jahre später, im Jahr 2017, noch gilt – wenn sich auch die gesellschaftlichen Bedingungen und Diskussionen sowie die Herausforderungen verändert haben.*

Wir haben es heute mit einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft zu tun, in der eine Minderheit, die sich für die schweigende Mehrheit hält, immer lauter wird. Die 'Grenze des Sagbaren', das hören wir vor Ort in den Beratungsgesprächen immer wieder, verschiebt sich zusehends. Viele Menschen stören sich daran und wollen etwas ändern. Sie fragen sich, wie sie 'lauter werden' können. Diese Menschen wollen wir unterstützen, hier sehen wir unseren Auftrag. Wir wollen – und daran hat sich nichts geändert – die Aktiven in NRW in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen und stärken und eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich für eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur einsetzt, fördern.

Insofern möchte der vorliegende zweite Band der 'Berichte von unterwegs' keine Erfolgsbilanzen präsentieren; mit seinem Titel ist vielmehr eine grundsätzliche Beobachtung angedeutet: die Auseinandersetzungen um Demokratie, Teilhabe und ein humanes Gemeinwesen sind immer wieder aufs Neue zu führen. Ein Ende der Reise ist daher nicht absehbar.

Wie schon im ersten Teil unternehmen wir wieder 'Streifzüge' in die unterschiedlichen Phänomene, mit denen wir es in NRW zu tun haben. In 13 Artikeln, darunter einem längeren Essay von Professorin Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein/Institut für Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld, beschreiben

Gastautor_innen ihre Perspektiven unter anderem auf Antisemitismus, Rechtspopulismus, ethnisierte Konflikte, fundamentalistische Christ_innen oder Islamfeindlichkeit. Dazu stellen die fünf Mobilen Beratungsteams aus NRW in 'Ausflügen' ihre Arbeit vor und reflektieren ihre Rolle in unterschiedlichen Beratungskontexten.

Mit Beiträgen von:

Kemal Bozay, Sylvia Brennermann, Dominik Clemens, Merfin Demir, Robin Dullinge, dem Flüchtlingsnetzwerk Hilstrup, Philipp Hecht, Hatice Kahraman, Ismail Küpeli, Beate Küpper, NSU-Watch NRW, dem Paderborner Bündnis für Demokratie und Toleranz, Ali Sirin, Sonja Angelika Strube sowie den Mobilen Beratungsteams aus NRW.“

Der zweite Band der „Berichte von unterwegs“ zum Download unter:

<http://www.mbr-koeln.de/materialien/weitereinformationen/>.



Neu in der Bibliothek

Die Angstmacher: Thomas Wagners Plädoyer für einen offenen Diskurs mit der Neuen Rechten



Bücher, zumal Sachbücher zur Neuen Rechten haben Konjunktur. Dem Publikum wird, mal mehr, mal weniger bunt gefiedert, ein unbekanntes, aber exotisches Wesen vorgestellt: der neurechte Intellektuelle.

Vorzugsweise handelt es sich dabei um Götz Kubitschek (GK), seltener um Martin Lichtmesz oder Ellen Kositzka (EK). Sie werden in Zeitungen, TV-Beiträgen und Büchern als DIE Neue Rechte

(NR) vorgestellt, und ein Assoziationsrahmen geschaffen, dem der Leser entnimmt, alles käme letztlich aus Schnellroda, jenem Ort zwischen Merseburg und Naumburg in Sachsen-Anhalt.

Thomas Wagners im Aufbau-Verlag erschiene- nes Buch macht hier keine Ausnahme. Wie zu viele vor ihm ist Wagner nach Schnellroda gefahren oder soll man sagen gepilgert, um sich den rechten Weltgeist von G.K. & E.K erklären zu lassen. Doch anders als Liane Bednarz macht sich Wagner die Mühe, tiefer in das Material und die Ideengeschichte der Neuen Rechten einzusteigen. Dabei setzt er auf eine für sein Buch erkenntnisleitende Idee: Die Neue Rechte agiert als Erbe der 68er bzw. ihrer theoretischen Akteure. Für ein Sachbuch hat Wagner hierfür erstaunlich stupend die einschlägigen Quellen studiert und versucht im Buch nun mit allem klar zu kommen: Gramsci und Benoit, Eichberg und Dutschke. Auch Günter Maschke fehlt nicht. Fatal nur, dass Wagner von Beginn an fasziniert der neurechten Erzählung lauscht, die Neue Rechte fände sich in einer vergleichbaren Situation wie die Führungsgruppe des SDS um 1966/67: eine spießige und verkrustete politische Kultur in Deutschland warte nur darauf, von jungen, wagemutigen Aktivisten gestört und aufgebrochen zu werden. Wagner schmeckt der Drops neurechter Spindoktoren, die Neue Rechte sei nicht nur ein legitimer, sondern auch ein ideengeschichtlich konsequenter Erbe der 68er, so süß, dass er diese These einfach bruchlos reproduziert – gerade dort, wo er sie spiegelt.

Sowohl in einem im Buch abgedruckten Gespräch als auch in der Deskription von Mohlers „Der faschistische Stil“ wendet sich Wagner dem Vorwurf an die Neue Rechte zu, bei ihnen

handle es sich um variantenreiche Wiedergänger der Faschismen der 1920/30er Jahre.

Zunächst lässt er Kubitschek Raum, den Faschismusvorwurf matt mit dem Hinweis zurückzuweisen, das Interesse am Faschismus bei „Sezession“ und „Institut für Sezession“ sei von Weißmann eingebracht worden, von dem man sich aber getrennt habe. Sodann spricht Wagner die NR insofern frei, als dass er die Spielarten der Identifikation mit faschistischen Elementen in der Rezeption von Autoren und ästhetischen Strömungen nicht als Zugriff auf eine faschistische Tradition begreift. Hier zeigt sich, dass sich Wagner von der schillernden Rhetorik der NR einwickeln lässt. Ebenso ergeht es ihm (wie vielen Journalisten) was die Konzepte der permanenten Selbstheroisierung und Selbstästhetisierung im neurechten Milieu angeht. Deren Dekonstruktion gelingt nur ansatzweise.

Die Darstellung der Politikgeschichte der NR nach 1989 erfolgt in großen Linien, aber in der Beschreibung korrekt. Allerdings scheint Wagner gar nicht aufzufallen, in welche Perioden des Aufstiegs und des Niedergangs die Geschichte des Milieus rund um die „Junge Freiheit“ zerfällt. Zwar wird Roland Bubiks Buch „Wir 89er“ genannt. Aber der vorgeschlagene Interpretationsansatz, der Aufbruch nach 1990 habe analog zu 1968 stattgefunden, greift etwas kurz.

Ausführlicher als andernorts zeichnet Wagner die Geschichte der „Identitären“ im deutschen Kontext nach. Zwar mag es sich für ein Fachpublikum störend lesen, noch einmal erzählt zu bekommen, was die „konservativ-subversive Aktion“ war und worauf sie sich berief. Aber es ist ein Plus des Buches, diesen Aspekt so ausgeleuchtet zu haben wie es sonst nur Weiß, Kellershohn et al oder „Der Rechte Rand“ tun.

Fatal ist das leidenschaftliche Plädoyer des Verfassers die Exponenten der Neuen Rechten auf die Bühnen und Podien der Republik zu holen, um eben dort mit ihnen einen Dialog zu beginnen. Wieder zieht Wagner die Debatten zwischen Dahrendorf und Dutschke oder Krahl und Mitscherlich als Referenz heran. Aus seiner Sicht erweise die Demokratie ihre Stärke, in dem sie die Antidemokraten auf den Diskurs verpflichte und sie somit stelle. Im Gespräch mit Wagner sekundiert Kubitschek dieser Sicht natürlich gern. Und so schilt Wagner alle Theater und Podien, die sich in den letzten Monaten

dann doch gegen einen Dialog mit Kubitschek entschieden.

Wagner unternimmt auf knapp 250 Seiten einen Tigerritt durch die Ideenwelt der Neuen Rechten. Der ist so rasant, dass ideologische Landschaften, die einer genauen Betrachtung bedürften, nur so vorbeisausen. Dies ist etwa beim Thema Neofolk der Fall, bei welchem Dominik Tischleder als Referenzmann gilt und etwas von Jugend und politischer Unbestimmtheit erzählt, was Wagner einfach wiedergibt.

Das Buch liest sich gut und bietet für Einsteiger einen einführenden, zugespitzten Überblick zum Thema. Es braucht keine Prophetie zu wissen, dass Wagner mit seinem Plädoyer für einen offenen Diskurs mit Vertretern der Neuen

Rechten sämtliche medialen Bühnen bespielen kann – bis hin dazu, selbst ein Podium mit Kubitschek et al zu moderieren. Dies wird Positionen, die gut begründet, einen Dialog mit der Neuen Rechten ablehnen weiter schwächen und in eine Minoritätsposition zwingen.

David Begrich

Der Verfasser ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. in Magdeburg

**Thomas Wagner: Die Angstmacher:
1968 und die Neuen Rechten
Aufbau Verlag Berlin 2017
ISBN: 978-3-351-03686-7
352 Seiten, 18,95 Euro**

Am rechten Rand

Zwei Jahre Haft auf Bewährung für rassistischen Brandanschlag

Am 2. Januar 2016 attackierten zwei Rechtsextreme in der Bruder-Klaus Siedlung in Köln-Mülheim eine Flüchtlingsunterkunft. (Wir haben an dieser Stelle mehrmals über den Fall berichtet) [...] In der Wohnung lebte eine aus Jugoslawien stammende Flüchtlingsfamilie. Nur durch Zufall misslang ihr Versuch, die Bengalos in die bewohnte Wohnung zu werfen. Der Tod der Familie wurde offenbar bewusst einkalkuliert. Die beiden Täter mit bereits beachtlich langem Vorstrafenregister wurden kurz nach der Tat in der Wohnung der damaligen Freundin eines Täters festgenommen. Diese liegt in der gleichen Straße wie das Flüchtlingshaus. Dort hatten sie die Tat auch geplant.

Die beiden befreundeten Täter, Patrick H. und Dominik N., seinerzeit 21 und 25 Jahre alt, stammen aus der rechtsextremen Fußball-Hooligan Szene in NRW. Die seinerzeit 14-jährige Freundin von Dominik N. und deren Familie wohnen in der gleichen Straße wie die Flüchtlinge und sind gleichfalls – so wird es zumindest auf einer linken Website detailliert dokumentiert – regelmäßig auf Nazidemonstrationen aufgetreten, so im Mai 2017 bei Pegida-NRW in Duisburg. [...]

Die Tat selbst war von den Angeklagten im Juli 2016 vor Gericht eingeräumt worden. Diese beteuerten, dass sie die neun Kinder und drei Frauen nicht verletzen oder töten, sondern nur verängstigen wollten. Zur „Verängstigung“ hatten die beiden Fußballfans Bengalos gewählt. Bei der Gerichtsverhandlung sowie nach dem Urteilsspruch war von Betroffenheit bei den Tätern nichts zu merken. Die vage gehaltene Entschuldigung der Angeklagten bei einem früheren Prozess lehnten die drei schwer geschockten Frauen im Oktober 2016 vor Gericht kategorisch ab: Sie hätten ihre Kinder, die damals krank waren, voller Panik gepackt und ins Freie geschleppt. Ihre Kinder hätten bis heute sehr starke Ängste. So hätten sie bis heute Angst, auf Toilette zu gehen. Auch bei der neuen Gerichtsverhandlung waren die Angeklagten, die ein Grinsen selbst bei der Zeugenaussage der Großmutter nur schwer zu verbergen vermochten, nicht in der Lage, eine Entschuldigung gegenüber der Großmutter der neun Kinder zu formulieren.

Im Sommer 2016 hatten die beiden vor Gericht beteuert, inzwischen aus der rechtsextremen Szene ausgestiegen zu sein. Dominik N., ein in Oberhausen wohnender inzwischen sechsfa-

cher Vater – die Kinder leben alle in Pflegefamilien -, ließ über seinen Verteidiger mitteilen, dass er an einem Aussteigerprogramm teilnehme. Vor Gericht bestätigte ein Beamter diese Aussage.

Hierzu im Kontrast stehen Facebookbeiträge der beiden, wie sie auf einer linken Website mit diversen Screenshots dokumentiert worden sind. Die Angeklagten aus der Hooligan-Fußballszene blicken auf ein langes rechtsextremes, von Gewalttätigkeiten geprägtes Hooligan-Engagement zurück. Beide wurden auch bereits wegen einschlägiger rechtsextremer Delikte angeklagt.

Stunden vor der Tat präsentieren sich die beiden martialisch auf Patrick H.s Facebookseite: Gemeinsam zeigten sie sich verumumt und mit Schlagstöcken bewaffnet. Auf einem Pulli prangte als Inschrift „Old German Hooligans“. Der heute 23-jährige Patrick H., der in Köln-Mülheim lebt, trat gemäß den Angaben dieser Website im Oktober 2014 mit den „Hooligans gegen Salafisten“ und im Januar 2015 in Köln mit dem Kölner Neonazi Jan Fartas und Mitgliedern der verbotenen Kameradschaft Aachen Land auf. Auf dem Titelbild seiner Facebookseite präsentiert er sich bis heute vor einer Reichskriegsflagge. Seinen vermeintlichen „Ausstieg“ aus der Neonaziszene bezeichnet er dort gleichfalls – wie auf der linken Website dokumentiert – als nur taktisch motiviert. Eine Woche nach ihrem Anschlagversuch sollen sie sich gemeinsam an der Pegida NRW Kundgebung in Köln beteiligt haben.

Ende 2016 musste Patrick H., dessen Freundin kurz zuvor ein Kind bekommen hatte, eine dreimonatige Haftstrafe antreten. Seine Haftentlassung soll er gemäß dieser linken Website ausgerechnet mit Dominik N. gefeiert haben. Auch im Gerichtssaal demonstrierten sie in ihrer Mimik und in ihrem Lächeln ihre enge Vertrautheit.

Der 27-jährige Dominik N. wurde im März 2017 wegen eines anderen Prozesses in Haft genommen. Gemäß mit Screenshots von dessen Facebookseite dokumentierten Angaben der linken Website präsentierte er sich einen Tag vor seinem Haftantritt auf einem T-Shirt als Unterstützer der Rockervereinigung „Bandidos Eastgate“. Auf seiner Brust präsentierte er den eintätowierten Wahlspruch der SS: „Meine Ehre heißt Treue“. Die Rechtsanwältin der Vertreter der Gegenklage benannte in deutlicher Weise die politische, rassistische Dimension der geplanten Tat. „Das seien ja nur Flüchtlinge“ sei

die Grundhaltung der politischen Tat der Angeklagten im Kontext der Pegida-Demonstrationen. Alle zwölf Opfer des heimtückischen Brandanschlages hätten bis heute starke Ängste. Diese Folgen der Tat seien bei den Opfern nicht wiedergutzumachen, deshalb sei eine deutliche Strafe erforderlich. Auch der Richter äußerte deutliche Zweifel, ob die formal geäußerte Reue ernstgemeint sei. Patrick H. habe ein kleines Kind und eine Freundin. Insofern

sehe er noch eine Chance für eine Einsicht. Das Urteil – zwei Jahre auf Bewährung – sei „mit Sicherheit die letzte Chance“ für die Angeklagten. Kurz nach der Urteilsverkündung wirkten die Angeklagten bereits wieder gut gelaunt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der vollständige Artikel von Jennifer Merten unter: <http://www.mbr-koeln.de/2017/08/04/zwei-jahre-haft-auf-bewaehrung-fuer-rassistischen-brandanschlag/>

Propaganda im Rhein-Sieg-Kreis: Ein „Freundeskreis Rhein-Sieg“ hatte vor einigen Wochen auf einem Aussichtspunkt unterhalb der Burgruine Windeck eine Bank saniert und diese mit seinem Namenszug versehen. Was wie eine harmlose Aktion engagierter Bürger aussieht, war jedoch eine Aktion bekannter

Neonazis. Zwischen dem Freundeskreis Rhein-Sieg und der extrem rechten „Identitären Aktion“ gibt es personelle Überschneidungen. Die Aktion reiht sich ein in viele weitere Versuche der extrem Rechten, im Rhein-Sieg-Kreis Propaganda zu machen und Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen. (kg)

Haftstrafe für tödlichen Angriff in Waldbröl: Vor dem Landgericht Bonn mussten sich im Juli 2017 vier Männer im Alter von 19 und 36 Jahren für die Tat verantworten. Sie waren am 1. September 2016 in Waldbröl im Oberbergischen Kreis mit dem Vorsatz losgezogen, „Flüchtlinge zu klatschen“.

schlugen die Angeklagten mit Fäusten und einem Stock auf Klaus B. ein, der mehrmals zu Boden ging und später an den Folgen seiner Verletzungen verstarb.

Tatsächlich hatten sie zunächst drei Geflüchtete im Ortszentrum von Waldbröl bedroht und auch mit Steinen beworfen. Die drei Männer jedoch konnten ihre Verfolger abhängen. Anschließend kam es zu der schicksalhaften Begegnung mit Klaus B. Dieser soll sich, so die Angeklagten in ihren Aussagen vor Gericht, der Gruppe aggressiv und beleidigend genähert haben. Die folgende Attacke auf das Opfer war von großer Brutalität geprägt. Immer wieder

Das Gericht verurteilte die vier Angeklagten wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge in einem „minder-schweren“ Fall. Zwei der Angeklagten wurden nach dem Jugendstrafrecht zu Haftstrafen von vier Jahren beziehungsweise drei Jahren und sechs Monaten verurteilt, einer muss für vier Jahre und einer für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Die Verteidigung kündigte an, in Revision zu gehen. (kg, mit Material der Zeitschrift LOTTA).

Der komplette Artikel in: LOTTA # 67 (www.lotta-magazin.de)

Regionale Beteiligung an RechtsRock-Konzert in Themar: Am 15. Juli 2017 fand im Thüringischen Themar das größte Rechtsrock-Konzert der letzten Jahre statt. Etwa 6.000 Neonazis waren angereist, um Bands und Redebeiträgen zu lauschen, zu trinken und zu feiern. Und Gemeinschaft zu zelebrieren – wozu in diesen Kreisen auch das Zeigen des Hitlergrußes samt „Sieg Heil“-Ruf gehört.

aus dem Rheinland auch „Stahlgewitter“, eine der in der Szene prominentesten Rechtsrock-Bands, der auch Frank Krämer aus dem Rhein-Sieg-Kreis als Gitarrist angehört. Nach Eigenaussage stand er jedoch nicht auf der Bühne, da er für die Vorbereitung keine Zeit gehabt habe. (he)



Auch „Die Rechte“ Rhein-Erft, Aktivisten des „Syndikat 52“ aus Aachen und von der „Identitären Aktion“ bzw. dem „Freundeskreis Rhein-Sieg“ waren unter den Besucher_innen. Unter den auftretenden Bands fand sich neben „Flak“

Der vollständigen Artikel unter: <http://www.mbr-koeln.de/2017/07/26/regionale-beteiligung-an-rechtsrock-konzert-in-themar/#more-5522>

Aktivitäten von „Die Rechte“: Am 22. Juli organisierte „Die Rechte Rhein-Erft“ eine „Rechtsschulung“ mit dem Bielefelder Neonazi Sascha Krolzig. An der Veranstaltung nahmen u.a. auch Neonazis aus dem Aachener „Syndikat 52“ teil. Über den weiteren Verlauf der Veranstaltung berichtet „Die Rechte“: „Nach einer kurzen Pause zur Stärkung mit Getränken und Gegrilltem, folgte der zweite Teil mit der Vorstellung der Zeitschrift „N.S. Heute“. Dieses Magazin ist nicht nur äußerst lesenswert, sondern auch ein schönes Beispiel dafür wie man mit staatlicher Repression umgehen sollte. Anstatt sich von der verweigerten Zulassung zum Rechtsreferendariat unterkriegen zu lassen,

nutzte Sascha Krolzig die Zeit, um ein schon lange angedachtes Projekt umzusetzen: Eine Zeitschrift von der Bewegung für die Bewegung. Mit einer kleinen Gruppe motivierter Mitstreiter ist ein interessantes Projekt entstanden.“

Darüber hinaus hielt „Die Rechte Rhein-Erft“ am 24. Juni – mit zwei Bannern und gerade ausreichend Personal zum Halten und Fotografieren – erneut eine Kundgebung in Bergheim ab. Auf der Homepage wird auch von Flugblattverteilungen am 1. Juli in Pulheim und am 5. August in Elsdorf berichtet, wo man heroisch dem „regnerischen Wetter“ getrotzt habe. (he)

Neonazistische Veranstaltungen in Aachen: Einen „politischen[n] Kinoabend in Aachen“ bewarb „Syndikat 52“ für den 17. August. Dabei wurde der Film „Geheimakte Rudolf Heß“ gezeigt. Die Doku wurde von dem NPDler Olaf Rose und Michael Vogt, dem jetzigen Organisator der „Queerdenken“-Kongresse, erstellt und stützt sich teilweise auf eine geschichtsrevisionistische Publikation, die Winston Churchill die Verantwortung für die Weiterführung des Zweiten Weltkriegs zuweist. Außerdem wird behauptet, Heß habe sich während seiner Haft nicht selbst getötet, sondern sei ermordet worden. Das Datum war nicht zufällig gewählt, es handelt sich um den 30. Todestag des Kriegsverbrechers, der in der extremen Rechten verehrt wird.

Zehn Tage später, am 27. August organisierte das „Syndikat 52“ einen Vortrag zur Geschichte der Russlanddeutschen. Der Referent Johann Thießen habe „über die Auswanderungsbewegung, das Leben im #Osten, das unsägliche #Leid, dem kommunistischen #Terror und die Jahrzehnte langen Versuche, wieder in die Heimat zurückzukehren“ berichtet. Johann Thießen aus Hürtgenwald ist Vorsitzender des „Arminius-Bundes“, einer extrem rechten Kleinst-Partei, die sich hauptsächlich aus dem Spektrum der Russlanddeutschen rekrutiert und mit den Holocaust-Leugner_innen der „Europäischen Aktion“ verbunden ist, und besuchte zuletzt den Russlandkongress der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt. (he)

Regionale Beteiligung am „Heß-Marsch“ in Spandau und Falkensee: Für den 19. August 2017 mobilisierte die Neonazi-Szene bundesweit nach Berlin-Spandau. Anlass war der 30. Todestag von Rudolf Heß, der als Kriegsverbrecher verurteilt in Spandau einsaß und dort Selbstmord beging. Das Motto „Mord verjährt nicht“ steht für die Behauptung der Neonazis, Heß habe nicht Suizid begangen, sondern sei umgebracht worden.

Um die 1-000 Neonazis sammelten sich in Spandau hinter dem Fronttransparent „Ich bereue nichts“, dem Schlusswort Heß' im Kriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg. Sie kamen jedoch nur



wenige hundert Meter, bevor sie von Gegen-demonstrant_innen blockiert wurden. Aufgrund von Bahn-Störungen erreichten mehrere Gruppen Neonazis den Bahnhof Spandau nicht. Etwa 250 Aktivist_innen liefen daraufhin spontan durchs brandenburgische Falkensee. darunter auch die „Reisegruppen“ aus NRW, die mit Bussen angereist waren. Die Demonstration wurde von Neonazis aus dem Rheinland mit eigenem Transparent angeführt. Auch Neona-

Angemeldet hatte den Aufmarsch der langjährige Aktivist Christian Malcoci aus Grevenbroich (Rhein-Kreis-Neuss), der auch im Rheinland lange Jahre eine wichtige Rolle spielte. Er war jedoch selbst nicht vor Ort, als Versammlungsleiter vertrat ihn Christian Häger, der im kürzlich geplatzten Prozess in Koblenz gegen das Aktionsbüro Mittelrhein wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt ist.

zis aus Köln, Aachen, Düren, Heinsberg und dem Rhein-Erft-Kreis nahmen teil.

Das Blog „Berlin rechtsausen“ beschreibt den Charakter der Versammlung als „spektrengreifendes Steldichein der gewaltbereiten und NS-verherrlichenden Neonaziszene“ Aufmärsche zum Gedenken an Heß zählten jahrelang zu den größten und wichtigsten Demonstrationen der Neonazi-Szene. Auch Beate Zschäpe,

Propagandaaktivitäten der Identitären: Die „Identitäre Bewegung“ (IB) befestigte am 27. August ein Banner am WDR-Gebäude in der Innenstadt und zündete Pyrotechnik, um die gewünschten Bilder zu inszenieren. Einer der beteiligten Aktivisten wurde in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt, danach wieder entlassen. Auf dem Banner stand „Die Verleumdung ist schnell und die Wahrheit ist langsam“, ein Zitat des Aufklärers Voltaires, und der Aufruf, sich der „Bewegung“, die angesichts der realen Zahlen jedoch keine ist, anzuschließen.

Schwarze Luftballons gegen Flüchtlinge: „Mit unseren Sprühschablonen und -kreide ziehen wir wieder durch Köln. Unsere Botschaften ‘Kehrt nach Hause zurück! Eure Heimat braucht euch’ haben wir in Köln bereits am Kölner Hauptbahnhof, an der Großmoschee und in Köln Ostheim in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft gesprüht.“ (Schreibweise im Original). Diese fremdenfeindlichen Botschaften hinterließ eine stark in die Öffentlichkeit drängende neue, sehr rechte Aktionsgruppe Ende Juli vor mehreren Kölner Flüchtlingsheimen. Verfasst haben die Sprüher ihre Hassgraffiti

Neonazistische Infostände: Die Gruppe „Köln für deutschen Sozialismus“ führte am 5. August in der Schildergasse und am 26. August in Zollstock einen Infostand durch. Mit dabei war wieder das Transparent „Köln bleibt deutsch“, auf dem eine rote Fahne mit weißem Kreis abgebildet ist. Das Hakenkreuz fehlt aus strafrechtli-

Angriff am Ebertplatz: Nach einem von der Kunstinitiative „Gold + Beton“ organisierten Konzert am Kölner Ebertplatz war es am 29. August zu einem Angriff auf Besucher/innen

Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt beteiligten sich vor ihrem „Abtauchen“. Nach einigen Jahren konnte erstmals wieder solche Versammlung „zu Ehren“ des Hitler-Stellvertreters durchgeführt werden. Ein Verbot mit der Begründung der zu erwartenden offensichtlichen NS-Verherrlichung war gerichtlich gescheitert. Obwohl die Verherrlichung von Rudolf Heß explizit per Auflage verboten war, wurde das Fronttransparent nicht beanstandet. (he)

Das Banner wurde kurz danach bereits von der Feuerwehr entfernt. Der WDR selbst berichtete der Aktion angemessen in einer Kurzmeldung, was die IBler_innen jedoch erzürnte, da sie ihre Aktion nicht für ausreichend gewürdigt erachten. „Auf die vielleicht größte politische Aktion, die Köln je sah, reagiert d. @WDR mit der vielleicht kürzesten Meldung“, echauffierten sie sich auf Twitter.

Ende August verklebte die IB zudem Aufkleber und Plakate in Weidenpesch und Niehl. (he)

auch auf Arabisch, der Text soll zahlreiche sprachliche Fehler aufweisen. Ihre seit einem knappen Jahr in Szene gesetzten fremdenfeindlichen Aktionen veröffentlicht die Gruppierung auf ihrer eigenen Website: „Widerstandsteigtauf“ nennt sie sich. Ihre Angst evozierenden Sprühaktionen verbreiten die Aktivisten aber auch auf Facebook – dort haben sie über 1100 Likes –, auf Twitter sowie auf eigenen, mit Musik unterlegten YouTube-Videos.

Der komplette Artikel unter: <http://www.mbr-koeln.de/2017/08/11/schwarze-luftballons-gegen-fluechtlinge/#more-5559>

chen Gründen, die Botschaft ist jedoch deutlich. „Flugblätter wurden verteilt, Diskussionen wurden geführt und auch der eine oder andere verbale Schlagabtausch, mit mehreren anscheinend geistig verwirrten Volksgenossen blieb nicht aus“, beschreibt „Köln für deutschen Sozialismus“ die Aktion im Internet. (kg)

gekommen. Dass dieser extrem rechts motiviert war, vermutet eine der Veranstalterinnen in der „Kölnischen Rundschau“. Die Ermittlungen dauern an. (kg)

Reichsbürger in NRW: Zu einer Antwort der Landesregierung auf zwei kleine Anfragen der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW erklärt Verena Schäffer (MdL): „Bei den Reichsbürgern handelt es sich neben der Identitären Bewegung um eine weitere neue Entwicklung im rechten Spektrum. Ihre Ideologie ist im Kern rechtsextremistisch, sie vertreten geschichtsrevisionistische, rassistische, antisemitische und völkische Positionen. Während der Verfassungsschutz im Oktober 2016 noch von einer niedrigen dreistelligen Zahl ausging, zählt er inzwischen etwa 2.000 Reichsbürger allein in Nordrhein-Westfalen. Dieser scheinbar sprunghafte Anstieg hängt auch mit der Aufhellung des Dunkelfelds zusammen. Offenbar sind die Behörden heute stärker sensibilisiert. Dennoch ist der Zulauf besorgniserregend.“

In der Antwort der Landesregierung werden erstmals die Zahlen der politischen motivierten Kriminalität durch Reichsbürger veröffentlicht. Allein im ersten Halbjahr 2017 wurden 20 Straftaten verzeichnet. Von diesen richteten sich 12 Straftaten gegen Angehörige der Polizei sowie gegen Amts- und Mandatsträger. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind also in einem besondere Maße von Straf-

taten der Reichsbürger betroffen. Es kam unter anderem zu Beleidigungen, Nötigungen und in einem Fall sogar zu einer vorsätzlichen einfachen Körperverletzung. Dies lässt sich unter anderem mit der Ablehnung rechtsstaatlicher Strukturen erklären, die für die Reichsbürger identitätsstiftend ist.

Die Reichsbürger sind in Nordrhein-Westfalen sehr heterogen aufgestellt. Die verschiedenen Gruppierungen sind teils bundesweit vernetzt und aktiv. Oftmals stehen hinter ihren kriminellen Absichten wirtschaftliche Interessen. Die hohe Anzahl von 143 Personen mit waffenrechtlichen Erlaubnissen belegt zudem die Waffenaffinität der Reichsbürger. Damit geht eine hohe Gefahr von der Reichsbürgerbewegung aus.“

Ergänzung der Redaktion: Zur Frage, in welchen Regionen NRWs die „Reichsbürgerbewegung“ schwerpunktmäßig auftritt, antwortet die Landesregierung: „Bei der Reichsbürgerbewegung handelt es um ein flächendeckendes Phänomen. Strukturell zeigt sich, dass dieses jedoch grundsätzlich stärker in den ländlichen Regionen verbreitet ist. Schwerpunkte bilden der Raum Ostwestfalen, Lippe, Soest, der Hochsauerlandkreis sowie der Großraum Köln.“

Bildnachweise:

- S. 1: Jörn Neumann
S. 2: Fotis Filippou (o.), Jörn Neumann (u.)
S.3: Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma
S. 4: Hermann Rheindorf (o.), Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma (u.)
S. 5: Ulla Lachauer (o.), Flavia Schwedler(u.)
S. 6: Jörn Neumann
S. 7: Rom e.V.
S.8: Alexander Schmalz; Daniel Marsch und Stefanie Hölzle (o.), Friedensbildungswerk (u.)
S. 9: Stadt Köln
S. 10: Kein Veedel für Rassismus
S. 11: Integrationshaus e.V.
S. 12: Rheinflanke e.V.
S. 13: Katholisches Bildungswerk Köln (o.), Kölnische Gesellschaft (u.)
S. 14: VBRG e.V
S. 15: Runder Tisch für Integration
S. 17: Bertelsmann Stiftung (o.), BfDT (M.)
S. 18: Paritätischer Gesamtverband
S. 19: BMFSFJ (o.), ÖGG (u.)
S. 20: tüddel/Villa ten Hompel
S. 21: Aufbau-Verlag
S. 25: recherche-nord

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de